

Wahlprüfstein VGSD e.V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Regierungsbeauftragter für Soloselbstständige</p>	
<p>Die Corona-Krise hat beispielhaft gezeigt, dass die Lebenswirklichkeit von Soloselbstständigen und Unternehmen bis 10 MA in Ministerien nicht ausreichend verstanden wird. Wie stehen Sie zur Forderung nach einem Regierungsbeauftragten? Wie wollen Sie alternativ für ein besseres Verständnis sorgen?</p>	<p>Zumindest für die sozialdemokratisch geführten Ministerien teilen wir die Grundannahme Ihrer Fragestellung nicht. Das BMF und das BMAS haben gemeinsam massive finanzielle Unterstützungsleistungen für die Betroffenen in der Pandemie zur Verfügung gestellt. Sie haben kurzfristig die Zugänge etwa in die Grundsicherung deutlich erleichtert, was für die meisten Betroffenen eine wichtig kurzfristige Ausweichmöglichkeit war. Wir teilen Ihre Einschätzung, dass als Lehre aus der Pandemie die soziale Absicherung für diese Erwerbsformen deutlich verbessert werden muss. Wir werden deshalb Solo-Selbständige - darunter sind beispielsweise viele Künstler*innen, Autor*innen, Übersetzer*innen - besser absichern. Dazu werden wir die Absicherung in der Künstlersozialversicherung ebenso wie in der Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung verbessern. Der Wechsel zwischen versicherungspflichtiger Beschäftigung und Selbständigkeit ist keine Ausnahme mehr, damit müssen wir gerecht werden.</p>
<p>GKV: Faire Mindestbeiträge und Bemessungsgrundlagen</p>	
<p>Gesetzlich kranken- und pflegeversicherte Selbstständige zahlen aufgrund hoher Mindestbeiträge und einer im Vergleich zum Bruttoeinkommen mind. 20% höheren Bemessungsgrundlage sehr viel höhere Beiträge als Angestellte und deren Arbeitgeber. Wann und wie wollen Sie diese Ungleichbehandlung beenden?</p>	<p>Wir werden eine solidarische Bürgerversicherung einführen, die allen den gleichen Zugang zu den hochqualitativen Leistungen ermöglicht. Um eine Überforderung der Beitragszahler*innen mit niedrigen Einkommen zu vermeiden, werden wir die Mindestbeitragsbemessungsgrenze in Richtung der Geringfügigkeitsgrenze absenken. Die Beiträge werden einkommensabhängig bis zur Höhe der maximalen Beitragsbemessungsgrenze nach dem vorgegebenen Beitragsatz berechnet. Die Bemessungsgrenzen werden nur</p>

	bei der Beitragsberechnung für geschätzte Einkommen gelten.
Insolvenz- und pfändungssicheres Altersvorsorgedepot	
Wie stehen Sie zur Einführung eines Altersvorsorgedepots, das in anderen Ländern eine kostengünstige Anlage in Investmentfonds und ETFs ermöglicht und in gewissem Umfang pfändungs- und insolvenz sicher wäre? Vielen Selbstständigen hätte das in der Corona-Krise sehr geholfen.	Neben der Stärkung der gesetzlichen Rente werden wir einen staatlich verwalteten Rentenfonds nach schwedischem Modell einführen, der einem strengen Portfoliomanagement unterliegt. Ein Pfändungs- und Insolvenzschutz der neuen Altersvorsorge ist ein zusätzlicher Weg zur Verhinderung der Altersarmut und der Erhaltung des Lebensstandards. Uns ist wichtig, dass die Altersvorsorge nicht zur Absicherung in Krisenzeiten während des Berufslebens genutzt werden muss, sondern das Alter absichert. Deswegen werden wir den Selbständigen ein attraktives Angebot zur Absicherung in Krisenzeiten wie Pandemien machen.
Transparenzregister - bitte auch für Gewerkschaften & Arbeitgeberverbände	
Bei dem geplanten Lobbyregister sollen Lobbyisten von Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und weitere wie Kirchen von der Eintragungspflicht ausgenommen werden, obwohl diese Institutionen in großem Umfang Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. Wie stehen Sie zu diesen Ausnahmen?	Wir halten eine Unterscheidung von verschiedenen Arten der Interessenvertretung durchaus für gerechtfertigt. So ergeben sich Ausnahmen zum Beispiel für die Interessenvertretungen der Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen aus Art. 9, Abs. 3 GG.
Private Krankenversicherung: Beitragserhöhungen begrenzen / verstetigen	
Die Regulierung der PKV führt dazu, dass die Versicherten immer wieder mit hohen Beitragssprüngen konfrontiert sind. Angenommen, eine Bürgerversicherung und damit die Ablösung der PKV lässt sich nicht durchsetzen: Wie wollen Sie PKV-Beiträge berechenbarer machen und deren Anstieg begrenzen?	Wir wollen die Bürgerversicherung einführen und sind überzeugt, dass wir dafür eine hohe gesellschaftliche Zustimmung haben. Die Stabilität der Beiträge in der PKV soll durch die Basistarife gesichert sein, deren Leistungen den Leistungen der GKV entsprechen. Wir werden allen Privatversicherten die Möglichkeit eröffnen, in die Bürgerversicherung mit stabilen und berechenbaren Beiträgen zu wechseln.

<p>Der Staat sollte als Auftraggeber mit gutem Beispiel vorangehen</p>	
<p>Es sind oft Bund, Länder, Kommunen u.a. staatsnahe Organisationen, die zu niedrige Honorare festlegen, sei es bei der direkten Beauftragung von Selbstständigen, bei Ausschreibungen oder in Gebührenordnungen (etwa Hebammen, Dolmetscher). Was werden Sie konkret tun, um Verbesserungen herbeizuführen?</p>	<p>Wir setzen uns zum Beispiel für eine leistungsgerechte Vergütung der freiberuflichen Hebammen ein, die ihre verantwortungsvollen Aufgaben umfassend berücksichtigt. Zur besseren sozialen Sicherung von freischaffenden Künstler*innen werden wir Mindestgagen und Ausstellungshonorare fest etablieren. Für die vereidigten Dolmetscher*innen gelten klare Tarife, die auch von Bund, Ländern und Kommunen zu zahlen sind.</p>
<p>Arbeitslosenversicherung für Selbstständige reformieren</p>	
<p>Selbstständige, die freiwillig arbeitslosenversichert waren, haben in der Corona-Krise kein Kurzarbeitergeld erhalten und wurden in vielerlei Hinsicht gegenüber anderen Versicherten benachteiligt. Welche Veränderungen planen Sie in Bezug auf Freiwilligkeit, Beitragsberechnung und Leistungen?</p>	<p>Wir wollen die offensichtlichen Schutzlücken bei Selbständigen beseitigen. Wer Neues wagt, braucht Sicherheit. Die bestehende freiwillige Weiterversicherung in der Arbeitslosenversicherung bietet ein solches Netz. Wir werden den Zugang verbessern. Die Mindestbeiträge zur Krankenversicherung für Selbständige haben wir bereits um mehr als die Hälfte gesenkt. Unser Ziel sind einkommensabhängige Beiträge wie bei abhängig Beschäftigten. Wir werden auch Solo-Selbständige besser absichern, deren Geschäftsmodell sie grundsätzlich trägt, bei denen jedoch unvorhersehbare erhebliche Einnahmeausfälle, etwa durch den kurzfristigen Wegfall von Auftraggebern, zu Notlagen führt. Mit einem Sicherungsgeld schaffen wir einen neuen Weg der solidarischen Absicherung durch die Bundesagentur für Arbeit für Selbständige in Notlagen, die über branchen- und saisonübliche Schwankungen hinausgehen. Das Sicherungsgeld soll mit Leistungen der Arbeitslosenversicherung vergleichbar sein.</p>
<p>Abmahnmissbrauch wirksamer bekämpfen durch Melderegister</p>	
<p>Eine von unserem Mitglied Vera Dietrich initiierte Gesetzesreform soll den Abmahnmissbrauch eindämmen. Sind die beschlossenen Maßnahmen ausreichend? Welchen</p>	<p>Mit dem Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs haben wir Regelungen zur Eindämmung von Abmahnmissbrauch insbesondere mit Blick auf Soloselbständige und Kleinstunternehmen erlassen. Um die Wirkung</p>

Nachbesserungsbedarf sehen Sie? Wie stehen Sie zu dem von uns vorgeschlagenen Online-Melderegister für Abmahnungen?

der getroffenen Maßnahmen fundiert beurteilen zu können, haben wir eine Evaluationsklausel eingefügt, sodass das Gesetz nach zwei Jahren überprüft wird. Wir setzen uns weiterhin für den Schutz von Kleinstunternehmen und Selbständigen vor Abmahnmissbrauch ein. Ob und welche weiteren konkreten Maßnahmen hierfür erforderlich sind, sollte jedoch zunächst die Evaluation zeigen.